

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

LINKE fordern Integrationsbeauftragten



Die Abgeordneten der LINKEN im Kreistag Märkisch-Oderland haben auf ihrer Herbstklausur in Strausberg beschlossen, sich für eine Vollzeitstelle eines Integrationsbeauftragten des Landkreises einzusetzen. Ihr entsprechender Antrag wurde auf der Kreistagssitzung Mitte September zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Gegenwärtig leben rund 1300 Asylbewerber in Märkisch-Oderland. Am Ende des Jahres werden es voraussichtlich rund 2000 sein. Das sind bei ca. 190.000 Einwohnern zwar nur ca. ein Prozent der Bevölkerung des Landkreises. Die Menschen, die vor Krieg

und Krisen geflohen sind, brauchen aber unsere Hilfe. Das Flüchtlingsdrama stellt die zuständige Kreisverwaltung und auch Kommunen, in denen Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet sind, vor große Herausforderungen. Viele Ehrenamtliche helfen uneigennützig.

Der Antrag sieht deshalb vor, dass die oder der Beauftragte die Arbeit mit den Flüchtlingen koordiniert sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote unterbreitet und notwendige Hilfen organisiert. Zudem sei es wichtig, Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und zur Förderung des interkulturellen Dialogs zu unterstützen. Dabei seien die im Kreis bestehenden Netzwerke und Beratungspartner für Toleranz und Integra-

tion einzubeziehen. Notwendig ist es, die Bevölkerung umfassend aufzuklären, nicht zuletzt um ihr unbegründete Ängste zu nehmen. Schließlich werden gezielt Gerüchte gestreut mit dem Ziel, die Flüchtlinge zu diffamieren.



Flüchtlinge in Hoppegarten, Fotos R. Adolph

Weltweite Konflikte führen dazu, dass Zehntausende auf der Flucht sind. Die Linksfraktion unterstreicht, ihre humanistische Solidarität mit ihnen, denn Menschen stehen im Mittelpunkt. Die Fraktion werde sich aktiv fremdenfeindlichen Aktionen, Parolen und Gerüchten entgegen stellen. Leider werde weiterhin die Kriegslogik in der internationalen Außenpolitik nicht in Frage gestellt sowie ein Verbot von Waffenexporten nicht ernsthaft angegangen. Auch ein Umdenken bei der Ausplünderung ganzer Länder und Regionen durch multinationale Konzerne, die zu Armut und Verzweiflung führten, gebe es nicht, kritisierten die Abgeordneten auf ihrer Klausur.

Renate Adolph



Wir verurteilen feigen Brandanschlag in Neuhardenberg

DIE LINKE. Märkisch-Oderland verurteilt den feigen Brandanschlag auf die Fahrzeuge von Mitgliedern des Neuhardenberger Willkommenskreises.

Mit dieser Tat sollen Menschen verunsichert werden, die sich von Anfang an für ein menschliches Miteinander mit unseren neuen Nachbarn stark machen.

Anfangs waren sie selbst unsicher, was getan werden muss, getan werden kann für die Unterbringung und Betreuung der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Jetzt helfen sie in den wichtigsten Lebensbereichen, nicht nur den Flüchtlingen.

Sie leisten Nachbarschaftshilfe in der Gemeinschaftsunterkunft und im Wohngebiet. Die Unterbringung der Ankommenden ist das aktuell drängendste Problem, aber die eigentliche Herausforderung ist die Integration, die

Organisation unseres Zusammenlebens. Da leisten die Mitglieder des Willkommenskreises Neuhardenberg eine sehr engagierte Arbeit, unabhängig davon, welchen rechtlichen Status die Flüchtlinge haben und welches ihre Gründe sind, sich auf einen oftmals gefährlichen Weg nach Europa zu machen.

Das scheint einigen nicht zu gefallen und sie greifen zu solchen feigen Mitteln wie Autos anzünden. Das verurteilen wir zutiefst. Wir überlegen mit anderen zusammen, wie wir die betroffenen Vereinsmitglieder bei der Wiederbeschaffung von Fahrzeugen unterstützen können.

Wir werden nicht zulassen, dass Menschen, die sich für ein tolerantes und offenes Miteinander einsetzen, eingeschüchtert werden.

Wir erwarten, dass die Täter gefunden und bestraft werden.

Bettina Fortunato
Vorsitzende Kreisverband
DIE LINKE. Märkisch-Oderland



Nie wieder Krieg!



Nie wieder Krieg, Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass, Völkermord – nie wieder Faschismus. Das sind die Lebenden den Toten schuldig!

Mit dieser Mahnung verband die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. Märkisch-Oderland am 13. September ihre diesjährige Gedenkveranstaltung zum Tag der Opfer des Faschismus.**

Dieser Gedenktag, vor 70 Jahren mit der Unterstützung der vier Alliierten in Berlin ins



Leben gerufen, hat in Strausberg eine lange Tradition. Viele Jahre vom Engagement von

Lolita und Hans Klemm getragen, kommen jährlich ca. 50 Menschen am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus zusammen. In ihr Gedenken schließen sie den Appell ein, die Lehren der Geschichte nicht zu vergessen.

Bemerkenswert ist die steigende Zahl junger Menschen, die an der Veranstaltung teilnehmen. Gelebter Antifaschismus heute, das ist konsequente Absage an Rassismus, Fremdenhass sowie Ausländerfeindlichkeit, gerade auch angesichts der vielen Asylsuchenden, die zu uns kommen, geflohen vor Krieg und Armut.

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN Kerstin Kaiser erinnerte in ihrer Rede an die Verpflichtung gegenüber den Opfern der Nazibarbarei. Weder in Deutschland, noch woanders in Europa und in der Welt dürfe sich wiederholen,

was vor 70 Jahren mit einem hohen Blutzoll niedergedrungen wurde. Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten, aber auch im östlichen Europa sprechen eine eigene Sprache, die nur als Alarmsignal empfangen werden kann.

Berührender Schüler-Film mit Zeitzeugen

Eine würdige Fortsetzung fand der Gedenktag mit einer Filmvorführung in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN. Viel Beifall erhielten die Autoren für ihre Dokumentation, einem Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen



Buchenwaldhäftling Günter Pappenheim. Die jugendlichen Amateure – Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des Strausberger Gymnasiums – hatten im Rahmen einer Projektarbeit für den Geschichtsunterricht das Thema Antifaschismus mit großer Professionalität verarbeitet. Der Film überzeugte durch seine Sachlichkeit sowie Detailtreue und berührte die Anwesenden. Er ließ den Fleiß und die Leidenschaft erkennen, mit denen die Autoren ihre Aufgabe meisterten. Bereitwillig stellten sich Karen Stritzke, Paula Klinke und Jessica Schattenberg den Fragen der Anwesenden und nahmen viel Lob für ihr Engagement entgegen.

Die Teilnahme vieler Strausberger Bürger, Kommunalpolitiker, Vertreter von Organisationen und Vereinen sowie Einwohner umliegender Gemeinden an der Veranstaltung ist den Organisatoren Ansporn, auch im kommenden Jahr ein anspruchsvolles Gedenken zu organisieren

Wolfram Wetzig
Kreisvorsitzender
VVN-BdA MOL



Pure Heuchelei



Nachdem die Bundesrepublik tatkräftig mitgeholfen hat, in den verschiedensten Regionen der Welt, Staaten in Chaos und Völker

ins Elend zu stürzen, Volkswirtschaften zu ruinieren und Warlords und diverse „Freiheitskämpfer“ mit Waffen und Geldern auszustatten, war unsere Regierung völlig überrascht von dem Flüchtlingsstrom, der nun Deutschland erreicht. Aber die Bundeskanzlerin sagt ja „Wir schaffen das!“ – und dann schaffen wir das auch. Viele bemühen sich, ob in Willkommensvereinen oder auf andere vielfältige Weise, den Flüchtlingen zu einem menschenwürdigen Aufenthalt zu verhelfen. Dafür finden

die Kanzlerin und andere Politiker warme Worte. Und sie versprechen Geld für Länder und Kommunen, die die Flüchtlinge unterbringen und versorgen müssen. Gleichzeitig aber sagt Wolfgang Schäuble, dass das ohne neue Schulden passieren solle. Und schon warnen andere besorgte Politiker, dass das zu Lasten der Sozialsysteme gehe. So wird suggeriert, dass die Flüchtlinge Schuld sind, wenn soziale Leistungen eingeschränkt werden. Schul- und Vereinssport fallen aus, weil die Sporthallen als Unterkünfte gebraucht werden und so weiter und so fort.

Wen wundert es da, wenn „besorgte Bürger“ den Pegida-Demagogen oder gleich dem Original, also den Nazis, hinterherlaufen? Ist das vielleicht so gewollt? Werden nach dem Motto „teile und herrsche“ bewusst die Flüchtlinge als Sündenböcke für die Misere von Arbeitslosen, prekär Beschäftigten,

Hartz-IV-Empfängern hingestellt? Letztere müssen dann nicht mehr über die wahren Ursachen ihrer „sozialen Benachteiligung“ nachdenken. Womöglich würde Ihnen sonst einfallen, dass die reiche Bundesrepublik eigentlich genug Geld für alle hätte. Dass die Ursachen im System liegen.

Aufgabe der LINKEN ist es nicht nur, Hilfe vor Ort zu organisieren und Widerstand gegen Nazis, Rassisten und ihre Mitläufer zu leisten. Mindestens genauso wichtig ist, dass wir aufklären über die wahren gemeinsamen Ursachen der Flüchtlingsströme und der schlechter werdenden sozialen Lage nicht nur in der Bundesrepublik. Und über die Heuchelei der Herrschenden und ihrer Lakaien.

Stephan
Schoenemann



Stellungnahme des Stadtverbandes DIE LINKE. Strausberg zum Weißbuch 2016 der Bundesrepublik Deutschland



Die derzeitige Lage in der Welt wird durch eine prinzipielle Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses zu Gunsten der aufstrebenden (BRICS)-Staaten und dem schrittweisen Verlust der Rolle der USA als alleinige Führungsmacht charakterisiert. Diese Veränderungen werden durch internationale Spannungen begleitet, es wächst die Gefahr für die Erhaltung des Friedens. In dieser Situation haben die Großmächte Volksrepublik China, USA und Russische Föderation ihre Sicherheitspolitik neu geregelt und entsprechende Dokumente veröffentlicht. Mit der Entscheidung zur Erarbeitung eines neuen Weißbuches beabsichtigt auch die Bundesregierung, einen solchen Schritt zu tun.

Die Ministerin für Verteidigung, Ursula von der Leyen, hat eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber angeregt. Der Stadtverband der Partei DIE LINKE. in Strausberg begrüßt diesen Vorschlag und lud dazu Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung sowie alle ortsansässigen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu Beratungen ein. Aus dem Kreise der Verantwortlichen für die schriftliche Ausarbeitung des Weißbuches informierte Oberst Reiner Just über den zeitlichen Verlauf der Arbeiten. Ausgehend von der derzeitigen komplizierten internationalen Lage ist es dringend notwendig, die Rolle des Bundesrepublik bezüglich der eigenen Sicherheit und der Sicherheit im europäischen Umfeld festzulegen.

Die Verhinderung von Kriegen und eines weltweiten Wettrüstens

sollte dabei als zentrales politisches Ziel festgelegt werden.

Die historischen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts sowie die daraus entstehende Verantwortung zur dauerhaften Erhaltung des Friedens erfordern Schritte analog des Helsinki-Prozesses und des daraus abgeleiteten Schlussdokumentes von Helsinki. In diesem Dokument wurden

von allen teilnehmenden Staaten Prinzipien zur friedlichen Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen, den nuklearen Abrüstungsmaßnahmen, den KSZE-Prozess anerkannt. Später kamen in diesem Sinne die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und die Charta von Paris dazu.

Diese Erfahrungen zeigen, nur durch geduldige Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, durch Beachtung der Interessen aller beteiligten Staaten lassen sich grundlegende stabile friedliche internationaler Beziehungen erreichen. Ein ähnliches Herangehen praktizieren derzeit die USA und die VR China zur Sicherheit vor elektronischen Eingriffen in staatliche und weitere lebenswichtige Einrichtungen.

Der wichtigste Ansatz zur Bewältigung der neuen Gefahren und Herausforderungen muss eine vorausschauende Außenpolitik sein, die Krisen verhindert und Destabilisierung anderer Staaten weder befördert noch zulässt.

Das neue Weißbuch sollte daher als grundlegende Aufgabe für die Sicherheit auf einen ähnlichen Prozess orientieren. Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik sollte die in der Charta von Paris angestrebte gesamteuropäische Friedensordnung sein. Das sollte auch im Weißbuch der Bundesrepublik fest verankert werden.

Als Urheber zweier Weltkriege trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, die sich aus der Notwendigkeit der Sicherung des Friedens besonders durch vertrauensbildende Schritte ergibt. Hier sehen wir die gewachsene Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber anderen europäischen Staaten, die gleichzeitig auch von weltweiter Bedeutung ist.

Diesem Ziel sollten auch die Aufgaben für die Bundeswehr dienen. Als deren erster Grundsatz muss gelten, dass die eigene Sicherheit nur bei Gewährleistung der Sicherheit der Gegenseite erreichbar ist durch:

- die Nichtangriffsfähigkeit der Streitkräfte
- Verzicht auf Auslandskampfeinsätze
- Verzicht auf die Darstellung von Bedrohungsszenarien im Weißbuch
- Verzicht auf Überlegenheitsziele, auf die z.B. durch die Beschaffung von Drohnen u. a. Waffen orientiert wird.

Dieser Geist sollte den Inhalt des Weißbuches 2016 bestimmen.

*i. A. Christian Steinkopf
Vorsitzender des Stadtverbandes
DIE LINKE. Strausberg*



Neuer Sozial- Beigeordneter ohne Vertrauensvorschuss

Auf der Sitzung des Kreistages MOL im September sollten zwei neue Beigeordnete kurz und knapp vor der regulären Tagesordnung als Vorschläge des Landrates mit den Mehrheiten der Koalition von SPD, CDU und Bauern/Ländlicher Raum gewählt werden. Die Realität sah anders aus. Die erste Abstimmung über Carla Bock, die parteilose Bauingenieurin, die alle als versierte und engagierte Fachfrau kennen, war schnell beendet. Mit 40 von 43 möglichen Stimmen wurde sie für acht Jahre zur Beigeordneten gewählt.

Anders sah es beim Beigeordneten für den großen Bereich der sozialen Aufgaben und der Bildung, der bisher von Lutz Amsel geleitet wird, aus. Vorgeschlagen war nach einem Ausschreibungsverfahren vom Landrat der Mitarbeiter vom Bundestagsabgeordneten Herrn von der Marwitz, Friedemann Hanke. Der studierte Betriebswirt überzeugte die Kreistagsabgeordneten weder durch seine vorangegangenen Vorstellungsgespräche in den Fraktionen und seine Worte im Kreistag, noch durch die glühende Verteidigung seiner Jugend durch den Landrat. Erst im dritten Wahlgang, nach intensiver Werbung in den Fraktionen der SPD und CDU, erhielt er 23 Ja- und 21 Nein-Stimmen. Kein guter Beginn für ein so weit gefächertes und schwieriges Arbeitsfeld, das vor ihm liegt und nur mit breit aufgestellter Unterstützung zu bewältigen ist. Wir werden den jungen Mann kritisch begleiten, da uns genau dieser Bereich weiterhin sehr am Herzen liegt.

Bettina Fortunato
Kreistagsabgeordnete
und Kreisvorsitzende
DIE LINKE. MOL



Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe unseres Informationsblattes „IMPULSE“
ist der 8. November 2015.

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Do. 10–14, 16–18 Uhr
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Kerstin Kaiser (MdB)

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Mo.–Do. 9–16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 – 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
e-mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96

E-Mail : impulse@dielinke-mol.de

Redaktion : Renate Adolph

Layout u. : Fortunato Werbung

Satz : www.fortunato-werbung.de

Fotos/ : DIE LINKE. MOL,

Grafik : privat

L33 in Eggersdorf schneller ausbauen

Brief an Petitionsausschuss Landtag Brandenburg

12. September 2015

Sehr geehrte Damen und Herren des Petitionsausschusses,

im Planungs- und Bauprojekt, Landesstraßen 100 Mio. € Programm 2015 bis 2019 ist für die L33 OD in 15345 Eggersdorf der Baubeginn für 2019 geplant.

Seit über 20 Jahren wird an der Planung und dem Ausbau der Straße gearbeitet, dieser Vorlauf und die vorhandenen Daten und Informationen sollten für eine schnellere Umsetzung der Planung und des Ausbaus genutzt werden. Die Straße ist die

genannten Abschnittes der L 33. In der Rangliste der noch auszubauenden Straßen wurde diese mit 4,5 benotet. Die höchste Dringlichkeit beginnt ab Note 3,5!

In meinem Brief vom 28.05.2015 an das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg habe ich bereits den Beginn des Ausbaus vor 2019 gefordert.

Im Antwortschreiben vom 11.06.2015 wurde die Dauer des Planfeststellungsverfahrens als Grund für den Baubeginn 2019 genannt. Diese Begründung kann ich nicht akzeptieren.

Ich bitte sie, mich in meinem Anliegen zu Unter-



Wilfried Hertel (Mitte), Foto D. Möller

am zweitstärksten befahrene Landesstraße des oben genannten Programmes, die dringend ausgebaut werden muss, weil sie in vielen Bereichen keine oder unzureichend nutzbare Geh- und Radwege besitzt sowie keine Querungshilfen wie zum Erreichen des erst neu entstandenen barrierefreien Strandbades am Bötzsee.

Die Zunahme des Autoverkehrs durch die überörtliche Bedeutung, der stark beschädigte Zustand der Fahrbahn und die damit verbundenen Gefahren für Nutzer der Straße sind Grund für einen schnellstmöglichen Baubeginn des oben

stützen um das Planfeststellungsverfahren in kürzester Zeit abzuschließen, damit der Baubeginn deutlich vor 2019 erfolgen kann. Für eine Entscheidungsfindung verweise ich auf die Unterlagen des Schriftverkehrs zwischen der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf und dem Ministerium für Infrastruktur sowie dem Landesbetrieb Straßenwesen. Ich hoffe auf eine positive Entscheidung.

Wilfried Hertel
Vorsitzender DIE LINKE.
Petershagen/Eggersdorf

V o r t r a g

Schienenanbindung des BER

Über die Schienenanbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg, Projektentwicklung im vorgegebenen Kostenrahmen und im vorgegebenen Terminplan, Inbetriebnahme am 30.10.2011 – spricht Bauherr und Projektleiter, Peter Schulze, in einem Vortrag, zu dem DIE LINKE Hoppegarten herzlich einlädt,

16. November, 19 Uhr,
Haus der Generationen, Lindenallee 14,
15366 Hoppegarten.

Kreisparteitag

am 12. Dezember

Die **1. Tagung des 5. Kreisparteitages** des Kreisverbandes Märkisch-Oderland der Partei DIE LINKE findet

am 12. Dezember 2015
in Müncheberg statt, ZALF,
Eberswalder Straße 84.

Die Delegierten wählen turnusmäßig die oder den neuen **Kreisvorsitzenden** sowie **Kreis-schatzmeister** sowie die neuen **Mitglieder des Kreisvorstandes, der Kreisfinanzrevisionskommission** und im **Landesausschuss** sowie die **Delegierten** und Ersatzdelegierten zum **Landes- und Bundesparteitages** der LINKEN.